



Niederschrift **(öffentlicher Teil)**

über die 17. Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Energie, Planung und
Stadtentwicklung vom
16.03.2017

Anwesend:
siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:
Wilhelm Kortmann

Die Sitzung fand im Ausschusszimmer der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348
Lüdinghausen, statt.

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:00 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht
eingeladen wurde und der Ausschuss für Klimaschutz, Energie, Planung und
Stadtentwicklung beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Beanstandung gemäß § 54 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
Vorlage: FB 1/481/2017
2. Antrag Bündnis90/Grüne: Die Fraktionen benennen externe Sachverständige
Vorlage: FB 3/588/2017
3. Berichte
4. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

5. Berichte
6. Anfragen

Öffentlicher Teil:

**TOP 1) Beanstandung gemäß § 54 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
Vorlage: FB 1/481/2017**

Bürgermeister Borgmann erläutert die Gründe für die Beanstandung. Er weist darauf hin, dass der in der letzten Sitzung gefasste Beschluss nicht den Regularien der Gemeindeordnung entspreche und somit moniert werden müsse.

Sollte dem Beschlussvorschlag der Verwaltung heute nicht gefolgt werden, werde der TOP an den Rat der Stadt Lüdinghausen verwiesen, als weiterer Schritt müsse ggf. die Kommunalaufsicht eingebunden werden.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss hebt seinen Beschluss vom 14.02.2017 zur Erweiterung der Tagesordnung zum Thema „Benennung eines externen Sachverständigen zur Vorbereitung der geplanten KEPS-Sondersitzung am 04.04.2017 mit dem Thema „Weiterentwicklung Janackergärten“ auf.

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	3
Enthaltungen:	6

**TOP 2) Antrag Bündnis90/Grüne: Die Fraktionen benennen externe Sachverständige
Vorlage: FB 3/588/2017**

Stv. Grundmann erläutert, dass seitens seiner Fraktion der Wunsch nach externer Unterstützung bestehe, die die Diskussion in der geplanten Sondersitzung am 04.04.2017 fachlich ergänzen würde. Er schlägt vor, dass jede Fraktion Sachverständige einbinden

könne. Die entstehenden Kosten sollen pro Partei auf maximal 500 € festgesetzt werden und wären somit begrenzt auf insgesamt 2500 €.

Stv. Holz und Stv. Möllmann äußern ihr Unverständnis über den gesamten Sachverhalt und weisen auf die Einhaltung von festgesetzten Vorgehensweisen hin, beispielsweise müssen Ladungsfristen eingehalten werden. Stv. Möllmann verweist auch auf die Niederschriften vergangener Sitzungen. Er hinterfragt, ob es überhaupt notwendig sei, zu den von Herrn Grundmann in der September-Sitzung aufgeführten Vorschlägen mit den Themen:

- möglichst viel Wohnungsbau – besonders betreutes Wohnen und sozialer Wohnungsbau,
- sensible Einzelhandelsausweisung,
- Sicherung der vorhandenen Grün- und Gartenbauflächen und
- Verkehrsflächen für ruhenden Verkehr,

einen externen Sachverständigen heranzuziehen. Auch der Aspekt der Eigentumsverhältnisse sei nicht zu unterschätzen. Aus seiner Sicht bestehe weiterhin kein Planungsbedarf. Der Forderung des Bündnis 90/Grünen nach einem Zusatztermin mit dem Thema „Entwicklung Ostwall-Janackergärten-Konrad-Adenauer-Straße“ sei die Verwaltung nachgekommen, somit solle über den Beschlussvorschlag B abgestimmt werden.

Stv. Spiekermann-Blankertz hält es für wichtig, dass auch eine Beurteilung durch einen Außerstehenden abgegeben werde und schlägt vor, über den Beschlussvorschlag A abzustimmen.

Aus Sicht des Stv. Grundmann seien einige Themenbereiche derzeit noch komplett offen, wie bspw. der Wunsch zur Erweiterung des bestehenden Edeka-Marktes in Verbindung mit der Frage des ruhenden Verkehrs. Auch die Standortfrage eines Parkhauses sei zu klären. Ein weiteres Thema sei der soziale Wohnungsbau. Es sei legitim, sich externe Hilfe und Impulse einzuholen. Dieser Meinung schließt sich auch Stv. Wischnewski an.

Stv. Dr. Waldt merkt an, dass eine Hinzuziehung von Sachverständigen nur dann sinnvoll sei, wenn klare Aufgaben definiert seien.

SkB. Tewes führt aus, dass zu diesem Bereich vertiefte Beratungen notwendig seien. Hilfe von externen Sachverständigen könne dazu beitragen, Probleme zu lösen. Beratungsbedarf sähe er beispielsweise zur Verkehrs- und Parkplatzproblematik, Stärkung Innenstadt, Fußläufige Anbindung zur Innenstadt, Schulwegesicherung, Erhaltungswunsch von Grünflächen, usw.. Sofern könne er den Beschlussvorschlag B der Sitzungsvorlage nicht nachvollziehen.

Bürgermeister Borgmann teilt mit, dass die Planungen zum Thema „Parkhaus“ noch nicht abgeschlossen sind. Zu den sonstigen angesprochenen Themen gab es in den vergangenen Jahren schon ausführliche und umfangreiche städtebauliche Gutachten, die dem Ausschuss auch bekannt sein sollten. Wenn externe Hilfe hinzugezogen werden soll, bedarf es einer definierten Aufgabenstellung.

Stv. Dr. Waldt schlägt vor, die Sondersitzung am 04.04.2017 durchzuführen. Sollte sich während der Sitzung herausstellen, dass externe Hilfe benötigt werde, können im Nachgang entsprechende Sachverständige oder Gutachter mit definierten Aufgaben beauftragt werden.

Es wird parteiübergreifend diskutiert, in welchem Umfang Sachverständige / Gutachter oder andere Experten bereit sind, sich für 500 € in die Thematik einzuarbeiten. Aus der Diskussion geht hervor, dass jede Partei die Möglichkeit habe, externe Hilfe im Kostenrahmen von bis zu 500 € einzuholen. Parteiübergreifend wird während der Diskussion

der folgend aufgeführte Beschlussvorschlag formuliert, über den die Abstimmung erfolgen soll.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Ausschussvorsitzende über den neu formulierten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die Fraktionen können Experten benennen, die sich auf Basis der KEPS-Beratungsergebnisse von Juni und September 2016 und den Informationen der Verwaltungsvorlagen grundlegend mit den im seinerzeitigen Fraktionsantrag benannten Punkten befassen und dazu am SonderKEPS teilzunehmen. Die Gesamtkosten für die Aufwandsentschädigungen sollen den Betrag von insgesamt 2.500 Euro nicht übersteigen.

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	7
Enthaltungen:	0

TOP 3) Berichte

Beschluss:

-entfällt-

TOP 4) Anfragen

Beschluss:

-entfällt-

Wilhelm Kortmann
Vorsitzende/r

Martina Bendler
Schriftführer/in

Anwesenheitsliste

zur 17. Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Energie, Planung und Stadtentwicklung

der Stadt Lüdinghausen am 16.03.2017

anwesend:

CDU-Fraktion

Bone, Hildegard	
Holz, Anton	Vertretung für Michael Merten
Möllmann, Bernhard	
Schulze Uphoff, Theo	Vertretung für Volker Höring
Suttrup, Thomas	
Waldt, Klaus-Dieter Dr.	

SPD-Fraktion

Havermeier, Dirk	
Spiekermann-Blankertz, Michael	
Stallmann, Dagmar	Vertretung für Christine Göbel
Tewes, Bernhard	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Grundmann, Eckart	
Kortmann, Wilhelm	
Reichmann, Lars	Vertretung für Peter Mönning

UWG-Fraktion

Borgmann, Rafael	
Wischnewski, Susanne	Vertretung für Jürgen Berau

FDP-Fraktion

Fricke, Cornelia	
------------------	--

von der Verwaltung

Bendler, Martina	
Blick-Weber, Matthias	
Borgmann, Richard Bürgermeister	

Trudwig, Ellen	
----------------	--

Entschuldigt:**CDU-Fraktion**

Höring, Volker	
Merten, Michael	

SPD-Fraktion

Göbel, Christine	
------------------	--

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mönning, Peter	
----------------	--

UWG-Fraktion

Berau, Jürgen	
---------------	--